

---

Stadt Weil am Rhein

---

**Bebauungsplan „Rheinvorland II“, 1.  
Änderung**

---

**Spezielle artenschutzrechtliche  
Prüfung**

---

Freiburg, den 14.01.2025



---

Stadt Weil am Rhein, Bebauungsplan „Rheinvorland II“, 1. Änderung, Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung

---

Projektleitung:  
Dipl. Biologe Dr. Thomas Hahn

Bearbeitung:  
Dipl. Biologe Hannes Kampf

---

faktorgruen  
79100 Freiburg  
Merzhauser Straße 110  
Tel. 07 61 / 70 76 47 0  
Fax 07 61 / 70 76 47 50  
[freiburg@faktorgruen.de](mailto:freiburg@faktorgruen.de)

---

79100 Freiburg  
78628 Rottweil  
69115 Heidelberg  
70565 Stuttgart  
[www.faktorgruen.de](http://www.faktorgruen.de)

---

Landschaftsarchitekten bdla  
Beratende Ingenieure  
Partnerschaftsgesellschaft mbB  
Pfaff, Schütze, Schedlbauer, Moosmann, Rötzer, Glaser

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Anlass und Gebietsübersicht .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Rahmenbedingungen und Methodik.....</b>	<b>2</b>
2.1    Rechtliche Grundlagen.....	2
2.2    Methodische Vorgehensweise.....	3
2.2.1    Schematische Abfolge der Prüfschritte .....	3
2.2.2    Festlegung der zu berücksichtigenden Arten .....	5
<b>3. Lebensraumstrukturen im Untersuchungsgebiet.....</b>	<b>6</b>
<b>4. Wirkfaktoren des Vorhabens .....</b>	<b>7</b>
<b>5. Relevanzprüfung.....</b>	<b>7</b>
5.1    Europäische Vogelarten .....	7
5.2    Arten der FFH-Richtlinie Anhang IV .....	8
5.3    Ergebnis der Relevanzprüfung .....	11
<b>6. Vertiefende artenschutzrechtliche Prüfung der Europäischen Vogelarten .....</b>	<b>11</b>
6.1    Bestandserfassung .....	11
6.2    Prüfung der Verbotstatbestände.....	11
<b>7. Vertiefende artenschutzrechtliche Prüfung der Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie .....</b>	<b>12</b>
7.1    Fledermäuse .....	12
7.1.1    Bestandserfassung.....	12
7.1.2    Prüfung der Verbotstatbestände .....	13
7.2    Reptilien .....	14
7.2.1    Bestandserfassung.....	14
7.2.2    Prüfung der Verbotstatbestände .....	15
<b>8. Erforderliche Maßnahmen .....</b>	<b>16</b>
8.1    Vermeidungs- / Minimierungsmaßnahmen .....	16
8.2    CEF-Maßnahmen.....	17
<b>9. Zusammenfassung .....</b>	<b>18</b>
<b>10. Quellenverzeichnis .....</b>	<b>20</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Lage des Plangebiets – gelb, bzw. schwarz-weiß umrandet (Quelle: LUBW 2024) .....	1
Abb. 2: Planung von Mauereidechsen-Aufwertungsflächen für den Bebauungsplan „Rheinvorland II“. schwarz-weiß gestrichelt: Plangebiet 1. Änderung; Blau: Baufenster für 1. Änderung; rot schraffiert: Mauereidechsen-Lebensraum, bei dem sich im Rahmen der 1. Änderung durch Verschattung die Lebensraumqualität verringert (ca. 1.400 m²). Quelle Luftbild: Stadt Weil am Rhein. Quelle Planung: Stadtbau Lörrach .....	9
Abb. 3: Planung Entwurf der 1. Änderung des Plans Rheinvorland 2 vom 03.12.2024 .....	9
Abb. 4: Lage der vorgesehenen CEF-Flächen für die 1. Änderung (schwarz umrandet) direkt angrenzend an die für den ursprünglichen BPlan vorgesehenen CEF-Flächen (grün umrandet). Rot umkreist die ungefähre Lage des Plangebiets der 1. Änderung. Quelle: Kartenviewer der LUBW .....	18

## Anhang

- Begriffsbestimmungen

## Anlagen

- Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung für die Aufstellung des Bebauungsplans „Rheinvorland II“

# 1. Anlass und Gebietsübersicht

## Anlass

Der Vorhabenträger, Zürcher Holding GmbH, plant ein Recycling- und Logistikzentrum auf dem Hafengelände von Weil am Rhein. Das Vorhaben liegt im Bereich des gültigen Bebauungsplans „Rheinvorland II“ (in Kraft getreten am 20.08.2021) auf der Gemarkung Haltingen. Der Bebauungsplan lässt auf der geplanten Fläche in zwei Sondergebieten offene Lagerflächen mit Wandhöhen von bis zu 5 m und Lagergebäude in Höhe von 15,00 m zu. Diese und andere Festsetzungen decken den Flächen- und Höhenbedarf des geplanten Bauvorhabens nicht ab. Daher soll der Bebauungsplan geändert werden. Der Gemeinderat der Stadt Weil am Rhein hat entsprechend am 24.10.2023 in öffentlicher Sitzung beschlossen, den Bebauungsplan „Rheinvorland II“ im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB) zum 1. Mal zu ändern.

Das ca. 1,6 ha große Plangebiet der 1. Änderung des Bebauungsplans „Rheinvorland II“ liegt am Übergang der derzeitigen Nutzung als Lagerfläche verschiedener Baumaterialien im Norden und unbebauter Fläche mit Grünflächen und teils großen Bäumen im Süden. Die beiden Bereiche werden durch die Hafenbahn getrennt.

## Lage des Plangebiets

Das Plangebiet (ca. 1,5 ha) befindet sich im nördlichen Gemeindegebiet von Weil am Rhein, südlich des Autobahnkreuzes Weil am Rhein (A5). Der Rhein ist teilweise innerhalb des Plangebietes gelegen.

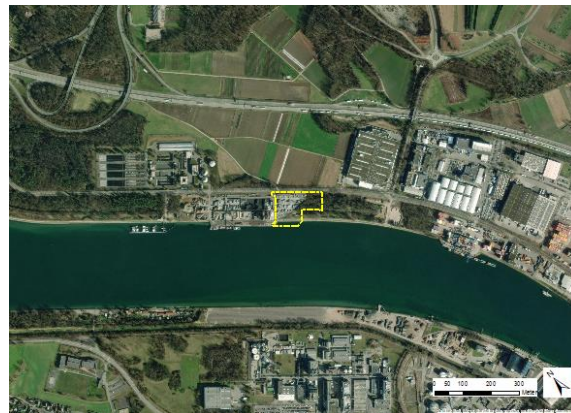


Abb. 1: Lage des Plangebiets – gelb, bzw. schwarz-weiß umrandet (Quelle: LUBW 2024)

## 2. Rahmenbedingungen und Methodik

### 2.1 Rechtliche Grundlagen

*Zu prüfende Verbotstatbestände*

Ziel des besonderen Artenschutzes sind die nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG besonders und streng geschützten Arten, wobei die streng geschützten Arten eine Teilmenge der besonders geschützten Arten darstellen. Maßgeblich für die artenschutzrechtliche Prüfung sind die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG, die durch § 44 Abs. 5 BNatSchG eingeschränkt werden.

Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Neben diesen Zugriffsverboten gelten Besitz- und Vermarktungsverbote.

*Anwendungsbereich*

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG gelten bei Eingriffen im Bereich des Baurechts und bei nach § 17 Abs. 1 oder 3 BNatSchG zugelassenen Eingriffen in Natur und Landschaft die aufgeführten Verbotstatbestände nur für nach europäischem Recht geschützten Arten, d. h. für die in Anhang IV der FFH-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG, FFH-RL) aufgeführten Arten und die europäischen Vogelarten. In der hier vorgelegten speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung werden daher nur diese Arten behandelt.

In einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG können zusätzlich sogenannte „Verantwortungsarten“ bestimmt werden, die in gleicher Weise wie die o. g. Arten zu behandeln wären. Da eine solche Rechtsverordnung bisher nicht vorliegt, ergeben sich hieraus aktuell noch keine zu berücksichtigende Arten.

*Tötungs- und Verletzungsverbot*

Es liegt dann kein Verbotstatbestand im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG vor, wenn durch den Eingriff / das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht wird und zugleich diese Beeinträchtigung nicht vermieden werden kann. Ebenfalls liegt dieser Verbotstatbestand nicht vor, wenn Tiere im Rahmen einer Maßnahme, die auf ihren Schutz vor Tötung /

### Störungsverbot

Verletzung und der Verbringung in eine CEF-Fläche dient, unvermeidbar beeinträchtigt werden.

Eine Störung liegt vor, wenn Tiere aufgrund einer unmittelbaren Handlung ein unnatürliches Verhalten zeigen oder einen erhöhten Energieverbrauch aufweisen. Sie kann aufgrund von Beunruhigungen oder Scheuchwirkungen, beispielsweise infolge von Bewegungen, Licht, Wärme, Erschütterungen, häufige Anwesenheit von Menschen, Tieren oder Baumaschinen, Umsiedeln von Tieren, Einbringen von Individuen in eine fremde Population oder aber auch durch Zerschneidungs-, Trenn- und Barrierewirkungen eintreten (vgl. LAUFER 2014).

Es liegt dann kein Verbotstatbestand vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population nicht verschlechtert und somit die Störung nicht als erheblich einzustufen ist.

### Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)

Es liegt dann kein Verbotstatbestand im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt ist. Gegebenenfalls können hierfür auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) festgelegt werden. Die Wirksamkeit von CEF-Maßnahmen muss zum Zeitpunkt des Eingriffs gegeben sein, um die Habitatkontinuität sicherzustellen. Da CEF-Maßnahmen ihre Funktion häufig erst nach einer Entwicklungszeit in vollem Umfang erfüllen können, ist für die Planung und Umsetzung von CEF-Maßnahmen ein zeitlicher Vorlauf einzuplanen.

### Ausnahme

Wenn ein Eingriffsvorhaben bzw. die Festsetzungen eines Bebauungsplanes dazu führen, dass Verbotstatbestände eintreten, ist die Planung grundsätzlich unzulässig. Es ist jedoch nach § 45 BNatSchG eine Ausnahme von den Verboten möglich, wenn:

- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses vorliegen
- und es keine zumutbaren Alternativen gibt
- und der günstige Erhaltungszustand für die Populationen von FFH-Arten trotz des Eingriffs gewährleistet bleibt bzw. sich der Erhaltungszustand für die Populationen von Vogelarten nicht verschlechtert, z. B. durch Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustands in der Region (FCS-Maßnahmen).

## 2.2 Methodische Vorgehensweise

### 2.2.1 Schematische Abfolge der Prüfschritte

#### Grobgliederung

Die artenschutzrechtliche Prüfung erfolgt in zwei Phasen:

1. Relevanzprüfung: In Phase 1 wird untersucht, für welche nach Artenschutzrecht zu berücksichtigenden Arten eine Betroffenheit frühzeitig mit geringem Untersuchungsaufwand ausgeschlossen werden kann bzw. welche Arten weiter zu untersuchen sind. In vielen Fällen kann in dieser Prüfstufe bereits ein Großteil der Arten ausgeschlossen werden.

2. Sofern im Rahmen der Relevanzprüfung eine mögliche Betroffenheit von Arten nicht ausgeschlossen werden konnte (und eine Abschiebung auf nachgelagerte Genehmigungsebenen nicht möglich ist), erfolgt in Phase 2 eine vertiefende artenschutzrechtliche Untersuchung in zwei Schritten:
  - Bestandserfassung dieser Arten im Gelände
  - Prüfung der Verbotstatbestände für die dabei im Gebiet nachgewiesenen, artenschutzrechtlich relevanten Arten.

#### *Phase 1: Relevanzprüfung*

In der Relevanzprüfung kommen folgende Kriterien zur Anwendung:

- Habitatpotenzialanalyse: Auf Grundlage einer Erfassung der am Eingriffsort bestehenden Habitatstrukturen wird anhand der bekannten Lebensraumansprüche der Arten - und ggfs. unter Berücksichtigung vor Ort bestehender Störfaktoren - analysiert, welche Arten am Eingriffsort vorkommen könnten.
- Prüfung der geographischen Verbreitung, z. B. mittels der Artensteckbriefe der LUBW, der Brut-Verbreitungskarten der Ornithologischen Gesellschaft Baden-Württemberg (OGBW), Literatur- und Datenbankrecherche, Abfrage des Zielartenkonzepts (ZAK), evtl. auch mittels vorhandener Kartierungen und Zufallsfunde aus dem lokalen Umfeld. Damit wird geklärt, ob die Arten, die hinsichtlich der gegebenen Biotopstrukturen auftreten könnten, im Gebiet aufgrund ihrer Verbreitung überhaupt vorkommen können.
- Prüfung der Vorhabenempfindlichkeit: Für die dann noch verbleibenden relevanten Arten wird fachgutachterlich eingeschätzt, ob für die Arten überhaupt eine vorhabenspezifische Wirkungsempfindlichkeit besteht. Dabei sind frühzeitige Vermeidungsmaßnahmen - im Sinne von einfachen Maßnahmen, mit denen Verbotstatbestände vorab und mit hinreichender Gewissheit ausgeschlossen werden können - zu berücksichtigen.

Durch die Relevanzprüfung wird das Artenspektrum der weiter zu verfolgenden Arten i. d. R. deutlich reduziert. Mit den verbleibenden Arten wird die „vertiefende artenschutzrechtliche Untersuchung“ durchgeführt (s. nachfolgende Ausführungen zu Phase 2). Soweit in der Relevanzprüfung bereits eine projektspezifische Betroffenheit aller artenschutzrechtlich relevanten Arten ausgeschlossen werden kann, endet die Prüfung. Die Prüfschritte der Phase 2 sind dann nicht mehr erforderlich.

#### *Phase 2: Vertiefende artenschutzrechtliche Untersuchung*

##### *Teil 1: Bestandserhebung*

Die vertiefende artenschutzrechtliche Untersuchung beginnt mit einer Bestandserhebung im Gelände für diejenigen Arten, deren Betroffenheit in der Relevanzprüfung nicht mit hinreichender Gewissheit ausgeschlossen werden konnte. Untersuchungsumfang und -tiefe richten sich nach dem artengruppenspezifisch allgemein anerkannten fachlichen Methodenstandard.

##### *Teil 2: Prüfung*

Die daran anschließende artenschutzrechtliche Beurteilung erfolgt in der Reihenfolge der Verbotstatbestände in § 44 BNatSchG. Es wird für die im Gebiet vorkommenden artenschutzrechtlich relevanten Arten / Artengruppen geprüft, ob durch die Vorhabenwirkungen die Verbotsstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten können und ob dies



gegebenenfalls durch Vermeidungs- oder vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) vermieden werden kann.

#### Begriffsbestimmung

Einige zentrale Begriffe des BNatSchG, die in der artenschutzrechtlichen Prüfung zur Anwendung kommen, sind vom Gesetzgeber nicht abschließend definiert worden. Daher werden eine fachliche Interpretation und Definition zur Beurteilung der rechtlichen Konsequenzen notwendig. Die in dem vorliegenden Gutachten verwendeten Begriffe sind im Anhang dargestellt. Sie orientieren sich hauptsächlich an den durch die Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA, 2009) vorgeschlagenen und diskutierten Definitionen. Für die ausführliche Darstellung wird darauf verwiesen. Im Anhang werden nur einige Auszüge wiedergegeben.

### 2.2.2 Festlegung der zu berücksichtigenden Arten

Neben allen Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, welche die Artengruppen der Säugetiere, Reptilien, Amphibien, Schmetterlinge, Käfer, Libellen, Fische und Pflanzen umfasst, sind gemäß der Richtlinie über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (Richtlinie 79/409/EWG) alle in Europa natürlicherweise vorkommenden Vogelarten geschützt.

Im Rahmen der meisten Planungen kann ein Großteil der Anhang IV-Arten der FFH-Richtlinie bereits im Vorfeld ausgeschlossen werden (s. Kap. 5.2). Hinsichtlich der Vögel hat sich in der Gutachterpraxis gezeigt, dass es notwendig ist, Differenzierungen vorzunehmen. Unterschieden werden planungsrelevante Arten und „Allerweltsarten“.

#### Nicht zu berücksichtigende Vogelarten

„Allerweltsarten“, d. h. Arten, die weit verbreitet und anpassungsfähig sind und die landesweit einen günstigen Erhaltungszustand aufweisen, werden in der artenschutzrechtlichen Prüfung i. d. R. nicht näher betrachtet. Bei diesen Arten kann im Regelfall davon ausgegangen werden, dass bei vorhabenbedingten Beeinträchtigungen nicht gegen die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BNatSchG verstoßen wird:

- Hinsichtlich des Lebensstättenschutzes im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 5 BNatSchG ist für diese Arten im Regelfall davon auszugehen, dass die ökologische Funktion der von einem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Abweichend von dieser Regelannahme sind aber Lebensraumverluste im Siedlungsbereich im Einzelfall kritischer zu beurteilen, da die Ausweichmöglichkeiten in einer dicht bebauten Umgebung möglicherweise geringer sind.

- Hinsichtlich des Störungsverbotes (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) kann für diese Arten auf Grund ihrer Häufigkeit grundsätzlich ausgeschlossen werden, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert.

Wenn im Einzelfall eine größere Anzahl von Individuen oder Brutpaaren einer weitverbreiteten und anpassungsfähigen Art von einem

Vorhaben betroffen sein kann, ist diese Art jedoch in die vertiefende artenschutzrechtliche Prüfung einzubeziehen.

Regelmäßig zu berücksichtigen ist bei diesen Arten das Tötungs- und Verletzungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 5 Nr. 1 BNatSchG), indem geeignete Vermeidungsmaßnahmen zu treffen sind.

*Regelmäßig zu berücksichtigende Vogelarten*

Als planungsrelevante Vogelarten werden in der artenschutzrechtlichen Prüfung regelmäßig diejenigen Arten berücksichtigt, die folgenden Kriterien entsprechen:

- Rote-Liste-Arten Deutschland (veröff. 2021, Stand 2020) und Baden-Württemberg (veröff. 2022, Stand 2019) einschließlich RL-Status „V“ (Arten der Vorwarnliste)
- Arten nach Anhang I der Vogelschutz-Richtlinie (VS-RL)
- Zugvogelarten nach Art. 4 Abs. 2 VS-RL
- Streng geschützt nach der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchVO)
- Koloniebrüter

### 3. Lebensraumstrukturen im Untersuchungsgebiet

*Habitatpotenzialanalyse*

Um zu erfassen welches Potenzial an Lebensraumstrukturen (Habitatstrukturen) im Plangebiet besteht, wurde am 12.03.2019 eine Begehung des Plangebietes durchgeführt. Die damals festgestellte Lebensraumausstattung hat sich seither nicht grundlegend geändert und wurde bei einer Begehung am 07.02.2024 plausibilisiert. Es wurden folgende (potenzielle) Habitatstrukturen im oder im Umfeld des Plangebiets festgestellt:

- Gehölzbestand
- Spechthöhlen an einigen Bäumen
- Einzelbäume und Allee entlang der Alten Straße und entlang des Rheins
- Schotterbereiche v.a. entlang des Bahngleises
- Lagerflächen (Stein- und Palettenlager sowie Erdhalden)
- Drainage-Kanal Weil-Märkt der im Bereich der Gehölzbestände als offener Kanal vorliegt
- Rheinufer (verbaut)
- Ruderalvegetation in unterschiedlichster Ausprägung
- Bereiche mit Hecken und Gebüsch
- Wege
- Kleine Grünflächen und Rabatten

## 4. Wirkfaktoren des Vorhabens

<i>Darstellung des Vorhabens</i>	Für den Bau eines Betonwerks und von Stellplätzen wird bestehende Vegetation (überwiegend Robinien-Bestand, daneben Ruderalvegetation, Gebüsche und Brombeergestrüpp) überplant. Eine detaillierte Darstellung des Vorhabens ist dem Umweltbericht und der städtebaulichen Begründung zu entnehmen. Die artenschutzrechtliche Prüfung berücksichtigt alle Eingriffe in (potenzielle) Habitatstrukturen sowie Störwirkungen, die durch die Aufstellung des Bebauungsplans ermöglicht werden.
<i>Relevante Vorhabenbestandteile</i>	Das geplante Vorhaben ist auf diejenigen Vorhabenbestandteile hin zu untersuchen, die eine nachteilige Auswirkung auf Arten oder Artengruppen haben können. Aus der Palette aller denkbaren Wirkfaktoren (in Anlehnung an LAMBRECHT & TRAUTNER, 2007) erfolgt eine Auswahl der bei diesem Vorhaben relevanten Wirkfaktoren:
<i>Baubedingte Wirkfaktoren</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Baubedingte Inanspruchnahme funktional bedeutender Lebensraumbestandteile</li> <li>• Baubedingte Emissionen in Form von Lärm, Gerüchen, Erschütterungen und Luftschadstoffen (einschließlich Stäuben) können auftreten</li> <li>• Störungen durch Lärm, Licht und menschliche Anwesenheit</li> <li>• Tötung/Verletzung von Tieren durch Baufahrzeuge</li> <li>• Tötung/Verletzung von Tieren durch Gehölzrodungen</li> </ul>
<i>Anlagenbedingte Wirkfaktoren</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anlagebedingt kommt es zu einer Versiegelung bzw. Überbauung bisher unbebauter Bereiche (Gehölzbestände, ggf. Teilabschnitt des Drainagekanals) und damit zur Inanspruchnahme funktional bedeutender Lebensraumbestandteile.</li> <li>• Durch die Höhe der geplanten Lager- und Industriegebäude kann es zu Kulissenwirkung in der Umgebung des geplanten Eingriffs kommen.</li> </ul>
<i>Betriebsbedingte Wirkfaktoren</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Betriebsbedingt ist mit vermehrten Emissionen (Lärm, Erschütterungen, Verkehr und Stäube) durch den Betrieb des Betonwerks sowie einer Zunahme des LKW-Verkehrs zu rechnen. Die Störungen finden überwiegend tagsüber statt.</li> </ul>

## 5. Relevanzprüfung

### 5.1 Europäische Vogelarten

<i>Weitverbreitete und anpassungsfähige Vogelarten</i>	Aufgrund der Habitatstrukturen (s. Kap. 3) sind als Brutvögel im Plangebiet und dessen nahem Umfeld weitverbreitete und anpassungsfähige Vogelarten zu erwarten. Für das Plangebiet sind als typische Vertreter dieser Artengruppe zu nennen: Amsel ( <i>Turdus merula</i> ), Buchfink ( <i>Fringilla coelebs</i> ), Rotkehlchen ( <i>Erithacus rubecula</i> ), Mönchsgrasmücke ( <i>Sylvia atricapilla</i> ), Zilpzalp ( <i>Phylloscopus collybita</i> ) und Kohlmeise ( <i>Parus major</i> ).
--	---

Eine Verletzung oder Tötung dieser Vögel im Rahmen der Fällarbeiten kann vermieden werden, wenn Baumfällungen und Gehölzrodungen entsprechend der Vorgabe des § 39 Abs. 5 BNatSchG nicht in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September durchgeführt werden (Brutzeit mit Gefahr der Zerstörung von Gelegen / Tötung von nicht-flüggen Jungvögeln und ggf. nicht flüchtenden Altvögeln). Außerhalb dieses Zeitraums wird das Fluchtverhalten der Tiere dazu führen, dass eine Verletzung oder Tötung der Vögel nicht eintritt.

Gemäß den Erläuterungen in Kap. 2.2.2 werden bei diesen Arten die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BNatSchG mit hinreichender Sicherheit nicht eintreten; daher erfolgt für diese Arten keine weitere Prüfung.

*Planungsrelevante  
Vogelarten*

Im Plangebiet kommt ein Gehölzbestand vor. Ein Vorkommen von höhlenbrütenden und freibrütenden planungsrelevanten Vogelarten kann im Zuge der Relevanzprüfung nicht ausgeschlossen werden.

→ Im Rahmen einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung ist zu untersuchen, ob für die 2021 nachgewiesenen Vogelarten durch die 1. Änderung des Bebauungsplanes Beeinträchtigungen entstehen.

## 5.2 Arten der FFH-Richtlinie Anhang IV

In Baden-Württemberg kommen aktuell rund 80 der im Anhang IV der FFH-Richtlinie (FFH-RL) aufgeführten Tier- und Pflanzenarten vor (LUBW, 2008).

*Säugetiere*

Im Rahmen der vertiefenden artenschutzrechtlichen Prüfung für den BPlan „Rheinvorland II“ aus dem Jahr 2021 wurden im Jahr 2020 Fledermauserfassungen durchgeführt. Um ein aktuelles Bild der Lage vor Ort zu erhalten, wurde die Quartierbaumkartierung im Frühjahr 2024 aktualisiert.

→ Da sich bei der neuerlichen Strukturbegehung keine wesentlichen Veränderungen der Lebensraumstrukturen im Vergleich zum ursprünglichen Erfassungszeitraum zeigten, können die Kartierungsergebnisse von 2020 weiterhin als gültig betrachtet werden.

Im Rahmen der vertiefenden artenschutzrechtlichen Prüfung für den BPlan „Rheinvorland II“ aus dem Jahr 2021 wurden Haselmauserfassungen durchgeführt. Da keine Haselmäuse im Gebiet nachgewiesen wurden und sich die Gegebenheiten vor Ort nicht maßgeblich geändert haben, kann davon ausgegangen werden, dass keine Haselmäuse im Plangebiet anwesend sind, folglich auch kein artenschutzrechtliches Konfliktpotenzial für die Art besteht.

→ Eine vertiefte Untersuchung der Lebensraumfunktion des Gehölzbestands für Haselmäuse ist nicht erforderlich.

*Reptilien*

Im Rahmen der vertiefenden artenschutzrechtlichen Prüfung für den BPlan „Rheinvorland II“ aus dem Jahr 2021 wurden Reptilienerfassungen durchgeführt.

Durch die 1. Änderung des Bebauungsplans wird die mögliche Gebäudehöhe der geplanten Lagerhalle nördlich der Bahngleise auf ca. 20 m angehoben. Dadurch wird die ursprünglich als Lebensraumfläche für

Mauereidechsen vorgesehene Fläche nordöstlich davon, entlang der Bahngleise, durch Verschattung für die Tiere unattraktiv. Somit ändert sich die Bilanz der bestehenden und zu schaffenden Mauereidechsen-Flächen.

→ Im Zuge der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung sind die Flächen für Mauereidechsen-Ersatzlebensräume neu zu bilanzieren.

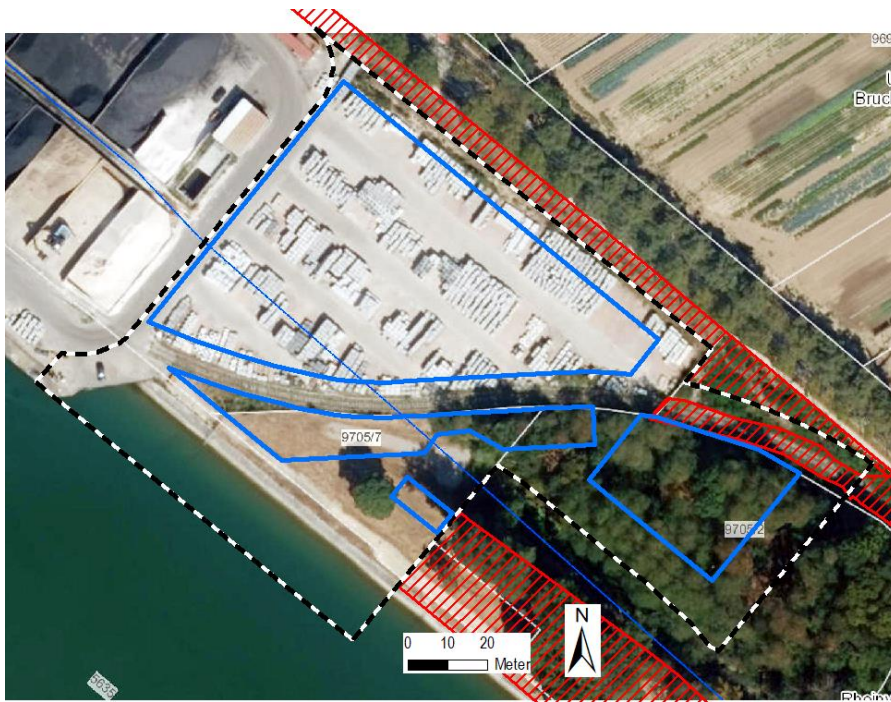


Abb. 2: Planung von Mauereidechsen-Aufwertungsflächen für den Bebauungsplan „Rheinvorland II“. schwarz-weiß gestrichelt: Plangebiet 1. Änderung; Blau: Baufenster für 1. Änderung; rot schraffiert: Mauereidechsen-Lebensraum, bei dem sich im Rahmen der 1. Änderung durch Verschattung die Lebensraumqualität verringert (ca. 1.400 m<sup>2</sup>). Quelle Luftbild: Stadt Weil am Rhein. Quelle Planung: Stadtbau Lörrach

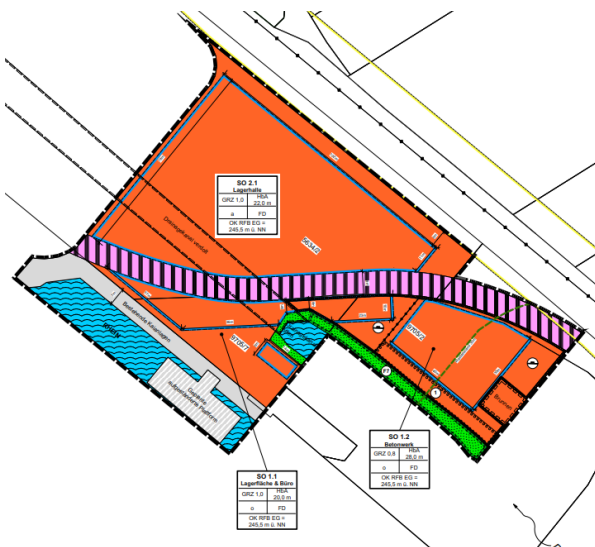


Abb. 3: Planung Entwurf der 1. Änderung des Plans Rheinvorland 2 vom 03.12.2024

*Amphibien*

Im Plangebiet liegt der Kanal im Bereich des südlichen Gehölzbestands als offenes Gewässer vor. Aufgrund der Struktur und der Fließbewegung des Kanals sowie der Zugänglichkeit für Fische aus dem Rhein kann ein Vorkommen planungsrelevanter Amphibien ausgeschlossen werden.

→ Eine vertiefte Untersuchung der Lebensraumfunktion des Gewässers für Amphibien wird nicht erforderlich.

*Fische, Rundmäuler und Krebse*

Im Kanal sind aufgrund seiner Struktur keine planungsrelevanten Fische, Rundmäuler oder Krebse zu erwarten.

→ Eine vertiefte Untersuchung der Lebensraumfunktion des Gewässers für Fische, Rundmäuler und Krebse wird nicht erforderlich.

*Schmetterlinge*

Die in Anhang IV der FFH-RL aufgeführten Arten besiedeln v. a. mager Feucht- oder Trockenstandorte außerhalb von Siedlungsgebieten. Des Weiteren sind viele Arten auf spezielle Futterpflanzen angewiesen, welche im Plangebiet nicht zu erwarten sind. Aus diesem Grund kann ihr Vorkommen im Plangebiet mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.

→ Weitergehende Untersuchungen dieser Artengruppe sind nicht erforderlich

*Käfer*

Die in Anhang IV aufgeführten Käferarten sind auf spezielle Habitatstrukturen angewiesen (Totholz, Mulmhöhlen etc.). Im Plangebiet stehen keine Bäume, die Mulmhöhlen ausreichender Größe aufweisen könnten. Es ist nicht mit einer vorhabensbedingten Beeinträchtigung der Artengruppe zu rechnen

→ Eine Untersuchung der Lebensraumfunktion des Gehölzbestands für Käferarten ist nicht erforderlich.

*Libellen*

Im Plangebiet liegt der Kanal im Bereich des südlichen Gehölzbestandes als offenes, langsam fließendes Gewässer vor. Im südlichen Oberrhein wurden zwei Fließgewässerarten nachgewiesen: Asiatische Keiljungfer (*Gomphus flavipes*) und Grüne Flussjungfer (*Ophiogomphus cecilia*). Aufgrund der spezifischen Lebensraumansprüche der Libellenarten, die im Plangebiet nicht erfüllt werden, kann ein Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Libellenarten im Plangebiet jedoch mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.

→ Weitergehende Untersuchungen dieser Artengruppe sind nicht erforderlich.

*Weichtiere*

Im Plangebiet liegt der Kanal im Bereich des südlichen Gehölzbestandes als offenes Gewässer vor. Laut Verbreitungskarte der LUBW kommt keines der im Anhang IV gelisteten Weichtiere im Plangebiet oder dessen Umgebung vor. Des Weiteren sind im Plangebiet keine geeigneten Strukturen vorhanden, welche ein Vorkommen potenziell ermöglichen würden.

→ Weitergehende Untersuchungen dieser Artengruppe sind nicht erforderlich.

*Pflanzen*

Es gibt keine Hinweise auf Vorkommen von Pflanzen des Anhang IV der FFH-Richtlinie im Plangebiet.

→ Weitergehende Untersuchungen dieser Artengruppe sind nicht erforderlich.

### 5.3 Ergebnis der Relevanzprüfung

Aus der artenschutzrechtlichen Relevanzprüfung ergibt sich, dass bei folgenden Arten/Artengruppen weiterführende Untersuchungen, bzw. detailliertere Prüfungen notwendig sind:

- Vögel
- Mauereidechse
- Fledermäuse

## 6. Vertiefende artenschutzrechtliche Prüfung der Europäischen Vogelarten

### 6.1 Bestandserfassung

#### *Datengrundlage*

Im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung für die Aufstellung des Bebauungsplanes „Rheinvorland II“ von 2021 wurden im Jahr 2019 die im Plangebiet vorkommenden Brutvögel erfasst. Die Ergebnisse sind im Gutachten von 2021 dargestellt. Ergänzend wurde in Absprache mit der zuständigen unteren Naturschutzbehörde (uNB) am 04.03.2024 eine Begehung zur Erfassung von Spechten und anderen früh balzenden Arten durchgeführt.

Auf eine zusätzliche Nachtbegehung wurde aus technischen Gründen und aufgrund der Tatsache, dass weder bei Erfassungen im Plangebiet selbst im Jahr 2020, noch bei Erfassungen im südlich angrenzenden Gebiet im Jahr 2023 Hinweise auf Eulenvögel festgestellt wurden, verzichtet. Dies wurde ebenfalls mit der zuständigen uNB abgestimmt.

Tab. 1: Erfassungstage Brutvögel

Datum und Uhrzeit	Witterung
04.03.2024 07:00	bedeckt, leichter Wind, 6 °C

#### *Ergebnisse der Erfassung*

Bei der ergänzenden Begehung wurden keine Spechte oder andere früh balzende Arten im Plangebiet festgestellt.

Von den 2019 erfassten Brutvogelarten ist das Teichhuhn aufgrund der Nähe seines Neststandorts zum geplanten Betonwerk potenziell beeinträchtigt. Die übrigen als Brutvögel nachgewiesenen Arten (Star und Sommergoldhähnchen) sind aufgrund ihrer Unempfindlichkeit gegenüber Störungen hinreichend sicher nicht erheblich betroffen.

### 6.2 Prüfung der Verbotstatbestände

#### **Teichhuhn**

##### *Kurzdarstellung der betroffenen Art*

Das Teichhuhn besiedelt Uferbereiche und Verlandungszonen mit strukturreicher Vegetation an nährstoffreichen stehenden oder langsam fließenden Gewässern; auch kleinflächige Gewässer im

Siedlungsbereich werden angenommen, wenn eine Ufervegetation vorhanden ist, die ausreichend Deckung bietet. Das Nest wird meist im Röhricht gebaut, manchmal aber auch in Sträuchern und Bäumen am oder über dem Wasser. Im vorliegenden Fall brütet das Teichhuhn am Drainagekanal im südlichen Teil des Plangebiets.

*Tötungs- / Verletzungsverbot*  
§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG

Bauarbeiten nordöstlich des Drainagekanals sowie Rodungsarbeiten in dessen Uferbereich während der Brutzeit könnten zur Aufgabe der Brut oder der Zerstörung des Nistplatzes und damit zum Tod der Eier oder Jungtiere des Teichhuhns führen. Bei Umsetzung der Vermeidungsmaßnahmen V1, V2 und V3 ist ein Eintreten des Verbotstatbestandes jedoch ausgeschlossen. Außerhalb der Fortpflanzungszeit sorgt das natürliche Fluchtverhalten der Tiere dafür, dass keine Individuen zu Schaden kommen.

*Störungsverbot*  
§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG

Störwirkungen durch die Bauarbeiten werden bei Umsetzung der Vermeidungsmaßnahmen V1, V2 und V3 keine negativen Auswirkungen auf den Bruterfolg des Teichhuhns haben. Durch Störungen wäre nur ein einzelnes Brutpaar und damit ein wahrscheinlich sehr kleiner Teil der lokalen Population, deren Größe nicht bekannt ist, betroffen. Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der lokalen Population sind daher nicht zu erwarten. Ein Eintreten des Verbotstatbestandes kann mit hinreichender Gewissheit ausgeschlossen werden.

*Zerstörungsverbot von Fortpflanzungs- und Ruhestätten*  
§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG

Nordöstlich des Drainagekanals wird das Gelände aufgeschüttet, anschließend wird ca. 15 m nordöstlich des Kanals ein Betonwerk errichtet. Der Bereich zwischen Drainagekanal und Betonwerk wird mit Gehölzen bepflanzt. Der Drainagekanal wird auch nach Umsetzung der geplanten Eingriffe noch als Brutgewässer für das Teichhuhn geeignet sein.

Die Durchführung von Bauarbeiten an Betonwerk und Drainagekanal oder Rodungsarbeiten in dessen Uferbereich während der Brutzeit könnten zu einem vorübergehenden Verlust der Fortpflanzungsstätte des Teichhuhns führen. Da die Art jedoch in weiter südöstlich liegende Bereiche des Drainagekanals ausweichen kann, ist nicht mit einem Eintreten des Verbotstatbestandes zu rechnen.

*Fazit*

Das Teichhuhn ist potenziell von geplanten Eingriffen im Vorhabensgebiet betroffen. Durch Umsetzung der Maßnahmen V1, V2 und V3 kann eine erhebliche Betroffenheit und somit das Eintreten von Verbotstatbeständen nach §44 Abs. 1 BNatSchG mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.

## 7. Vertiefende artenschutzrechtliche Prüfung der Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

### 7.1 Fledermäuse

#### 7.1.1 Bestandserfassung

*Datengrundlage*

Im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung für die Aufstellung des Bebauungsplanes „Rheinvorland II“ von 2021 wurden im Jahr 2020 Fledermäuse im Plangebiet erfasst. Es wurden zahlreiche Fledermausarten im Plangebiet nachgewiesen. Die detaillierten



Ergebnisse der Erfassungen sind im „Fachgutachten Fledermäuse zum Bebauungsplan ‚Rheinvorland II‘ in Weil am Rhein“ (Büro FrlnaT, 2020) ersichtlich.

#### *Ergebnisse der Erfassung*

Für das Plangebiet der 1. Änderung ist insbesondere der Nachweis einer Wochenstubengesellschaft der Weißrandfledermaus von 2020 südöstlich angrenzend an das Plangebiet relevant. Im Frühjahr 2024 wurde eine erneute Strukturbegehung durchgeführt, um abzuklären, ob auf der Fläche seit den detaillierten Erfassungen in 2020 erhebliche Veränderungen der Habitatstrukturen (z.B. Verlust von Quartierstrukturen durch umgestürzte Habitatbäume o.ä.) stattgefunden haben. Da laut Frinat keine erheblichen Änderungen der Habitatstrukturen im Plangebiet festgestellt wurden, können die damaligen Ergebnisse weiterhin als gültig betrachtet werden.

### **7.1.2 Prüfung der Verbotstatbestände**

#### *Kurzdarstellung der betroffenen Art*

Die Weißrandfledermaus hat ihre derzeitige nördliche Verbreitungsgrenze in Baden-Württemberg; aufgrund der Klimaerwärmung scheint sie ihr Vorkommen jedoch momentan nach Norden hin auszudehnen. Die Vorkommen der Weißrandfledermaus befinden sich bevorzugt in größeren Siedlungsgebieten. Die Wochenstubenquartiere - vorzugsweise Spaltenquartiere - befinden sich hauptsächlich an Gebäuden. Einzelquartiere wurden jedoch auch schon in Baumhöhlen und Nistkästen vorgefunden.

In der Nähe des Rheins ist die Weißrandfledermaus bereits als eine häufig nachgewiesene Art bekannt. Quartiere sind aus dem schweizerischen Rheinfeld (Wochenstubenquartier), aus Weil am Rhein (Gruppenquartier) sowie aus Lörrach (Winterquartier) bekannt. Es ist davon auszugehen, dass die Siedlungen im Umkreis noch weitere Kolonien beherbergen.

Aufgrund der Ergebnisse der Schwärmkontrolle von 2020 ist davon auszugehen, dass sich eine Wochenstube direkt angrenzend ans Plangebiet befindet. Von einer Nutzung nahezu des gesamten Plangebiets als Jagdhabitat ist auszugehen.

#### *Tötungs- / Verletzungsverbot § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG*

Da sich keine Bäume mit bekanntem Quartierpotenzial im Plangebiet befinden ist eine Baumkontrolle vor Fällung nicht erforderlich.

Das Eintreten des Verbotstatbestands nach §44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG kann mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.

#### *Störungsverbot § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG*

Da nach derzeitigem Kenntnisstand weder nächtlichen Bauarbeiten noch eine Beleuchtung der neu anzulegenden Zufahrt, welche als Flugstraße von mehreren Fledermausarten genutzt wird, geplant sind, kann eine erhebliche Störung hinreichend sicher ausgeschlossen werden.

Durch den Bau einer Zufahrtstraße sowie des geplanten Betonwerks in unmittelbarer Nähe zu einem nachgewiesenen Wochenstubenquartier der Weißrandfledermaus kann es störungsbedingt während Bau und Betrieb zur Aufgabe des Wochenstubenquartiers kommen. Vor baulichen Eingriffen im Bereich des 2020 kartierten Quartierbaums (inkl. 50 m Radius), die mit Lärm- und Erschütterungen verbunden

sind, sind Fledermauskästen als Ersatzhabitatstruktur zu installieren. Durch das vorgezogene Ausbringen von Fledermauskästen (CEF2) in Bereiche, die keiner Störwirkung ausgesetzt sind, kann der Verbotstatbestand der Störung hinreichend sicher ausgeschlossen werden.

Das Eintreten des Verbotstatbestands nach §44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist nicht zu erwarten.

*Zerstörungsverbot von Fortpflanzungs- und Ruhestätten  
§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG*

Durch Störung (Lärm, Erschütterung) bei Bau und Betrieb des Betonwerks bzw. der Zufahrt kann es zur Aufgabe eines Wochenstubenquartiers in unmittelbarer Nähe kommen, was der Zerstörung einer Fortpflanzungsstätte gleichkäme. Bei der Umsetzung der vorgezogenen Ausgleichsmaßnahme CEF2 kann die ökologische Funktion der Fortpflanzungsstätte in der Umgebung durch Bereitstellung von alternativen Quartiermöglichkeiten außerhalb des Störradius' durchgehend erhalten werden.

Das gesamte Plangebiet wird von unterschiedlichen Fledermausarten als Nahrungshabitat genutzt. Da in der näheren und weiteren Umgebung zahlreiche Flächen mit ähnlicher Habitateignung vorhanden sind und erhalten bleiben, kommt es hierdurch nicht zur Zerstörung von essenziellen Nahrungshabitate für die Artengruppe.

Das Eintreten des Verbotstatbestands nach §44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG kann durch Umsetzung der Maßnahme CEF2 verhindert werden.

*Fazit*

Für die Weißrandfledermaus wurde ein Wochenstubenquartier angrenzend an das Plangebiet festgestellt, zudem können Einzelquartiere im Gehölzbestand nicht ausgeschlossen werden. Nahezu das gesamte Plangebiet wird als Nahrungshabitat von unterschiedlichen Fledermausarten genutzt.

Das Eintreten des Tötungsverbots durch den geplanten Eingriff ist nicht zu erwarten. Das Eintreten des Störungsverbots und Zerstörungsverbots von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§44 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 3 BNatSchG) kann durch die Umsetzung der Maßnahmen V1 und CEF2 hinreichend sicher ausgeschlossen werden.

## 7.2 Reptilien

### 7.2.1 Bestandserfassung

*Datengrundlage*

Im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung für die Aufstellung des Bebauungsplanes „Rheinvorland II“ von 2021 wurden im Jahr 2020 Reptilien im Plangebiet kartiert. Dabei wurden zahlreiche Mauereidechsen im Plangebiet erfasst. Die detaillierten Ergebnisse der Erfassungen sind in der „Speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung zum Bebauungsplan Rheinvorland II“ (faktorgruen, 2021) ersichtlich.

*Ergebnisse der Erfassung*

Da sich seit der Erfassung im Jahr 2020 keine erheblichen Änderungen an den vorhandenen Habitatstrukturen ergeben haben, können die damaligen Ergebnisse weiterhin als gültig betrachtet werden.

## 7.2.2 Prüfung der Verbotstatbestände

*Kurzdarstellung der betroffenen Art*

Mauereidechsen benötigen die Möglichkeit zur Thermoregulation und somit möglichst hohe Temperaturgradienten auf kleinem Raum. Des Weiteren sind ein ausreichendes Vorkommen von Beutetieren, Versteckmöglichkeiten, geeignete Eiablageplätze sowie trockene und gut isolierte Winterquartiere essenzielle Anforderungen an ihren Lebensraum. Diese Lebensraumansprüche werden im Plangebiet in einigen Bereichen erfüllt.

*Tötungs- / Verletzungsverbot  
§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG*

In einigen Bereichen des Plangebiets bereitet die 1. Änderung des Bebauungsplans Eingriffe vor, die ein erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko für die dort vorkommenden Mauereidechsen darstellen (Rodungen, Versiegelung, Überbauung). Bei Umsetzung der Vermeidungsmaßnahmen V4 und V5 kann das Tötungsrisiko für die Tiere so weit gesenkt werden, dass es nicht mehr signifikant erhöht ist und der Verbotstatbestand mit hinreichender Gewissheit nicht eintritt.

*Störungsverbot  
§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG*

Das Störungsverbot bezieht sich auf Zeiten mit besonderen Empfindlichkeiten (bezüglich der Mauereidechse sind Fortpflanzungs- und Überwinterungszeit relevant) und meint unmittelbare Handlungen, durch welche die betroffenen Tiere einen erhöhten Energieverbrauch haben und/ oder ein unnatürliches Verhalten zeigen. Eine erhebliche Störung liegt nur dann vor, wenn sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert. Im vorliegenden Fall kann es während der Bauphase durch die Bautätigkeiten und menschliche Anwesenheit zu Beunruhigungen und Scheuchwirkungen und damit zu einer Störung von Mauereidechsen kommen. Ohne die Durchführung geeigneter Minimierungsmaßnahmen wäre daher eine erhebliche Störung nicht auszuschließen. Bei Umsetzung der Vermeidungsmaßnahmen V4 und V5 werden die Störungen jedoch so weit reduziert, dass ein Eintreten des Verbotstatbestandes mit hinreichender Gewissheit ausgeschlossen werden kann.

*Zerstörungsverbot von Fortpflanzungs- und Ruhestätten  
§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG*

In einigen Bereichen des Plangebiets bereitet die 1. Änderung des Bebauungsplans Eingriffe vor, die zum Verlust von Mauereidechsenlebensräumen führen werden. Da Eidechsen nur einen verhältnismäßig kleinen Aktionsraum haben, in dem sich alle relevanten Habitatstrukturen befinden müssen, ist davon auszugehen, dass bei Eingriffen in allen Bereichen, in denen geeignete Habitatstrukturen vorgefunden und Mauereidechsenvorkommen nachgewiesen wurden, Fortpflanzungs- und Ruhestätten verloren gehen. Um ein Eintreten des Verbotstatbestandes zu vermeiden, muss vor Beginn der Eingriffe ein Ersatzlebensraum im Plangebiet oder im nahen Umfeld außerhalb des Plangebiets bereitgestellt werden (CEF-Maßnahme). Damit der räumliche Zusammenhang bestehen bleibt, müssen die Ausgleichsflächen für die Mauereidechsen prinzipiell erreichbar sein (maximal einige hundert Meter Entfernung) und dürfen nicht durch unüberwindbare Barrieren (z.B. viel befahrene Straßen, Gewässer, größere Waldbestände) von dem Mauereidechsenvorkommen im Plangebiet isoliert sein. Im Vergleich zu den Angaben in der saP zum BPlan „Rheinvorland II“ von 2021 ändern sich die Flächen folgendermaßen:

Da die Lagerhalle südwestlich der Fläche lt. der 1. Änderung des BPlans höher (ca. 22 m) als im ursprünglichen BPlan vorgesehen

(15 m) ausgeführt werden soll, zudem zusätzlich die Errichtung eines Betonwerks mit einer erlaubten Höhe von 28 m südöstlich der Bahn- gleise angestrebt wird, sorgt die Verschattung der nördlich davon lie- genden Strukturen dafür, dass die Eignung der Fläche F3 (siehe ur- sprünglicher Bebauungsplan „Rheinvorland II“) als Mauereidechsen- Lebensraum abnimmt. Die Verschattung betrifft eine Fläche von ca. 1.400 m<sup>2</sup>. Da die Verschattung eine Nutzung durch Mauereidechsen nicht gänzlich unmöglich macht, jedoch die Eignung der Fläche als Le- bensraum herabsetzt, wird der Flächenverlust mit einem Faktor von 0,5 versehen und ergibt somit ca. 700 m<sup>2</sup>. Die externe Ausgleichsmaß- nahme (CEF5) muss daher um 700 m<sup>2</sup> auf dann 4.860 m<sup>2</sup> vergrößert werden, oder es muss eine weitere, externe Maßnahmenfläche mit der notwendigen Größe gefunden werden.

Die erforderlichen CEF-Maßnahmen werden in Kap. 8.2 beschrieben.

#### Fazit

Für die Reptilien gelten im Wesentlichen die Ergebnisse der saP von 2021. Durch geänderte Gebäudehöhen sowie das neu hinzugekom- mene Baufenster für das Betonwerk in der 1. Änderung zum BPlan „Rheinvorland II“ im Gegensatz zum ursprünglichen BPlan reduziert sich die Eignung eines Teils der vorgesehenen, plangebietsinternen CEF-Flächen für Mauereidechsen. Diese reduzierte Eignung muss durch eine Vergrößerung der vorgesehenen externen CEF-Flächen kompensiert werden.

## 8. Erforderliche Maßnahmen

### 8.1 Vermeidungs- / Minimierungsmaßnahmen

#### Brutvögel / Fledermäuse

- |    |  |
|----|--|
| V1 | Bäume und Sträucher dürfen entsprechend der Vorgabe des BNatSchG nicht in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abge- schnitten, auf den Stock gesetzt oder beseitigt werden.   |
| V2 | Beginn der Bauarbeiten am Drainagekanal (Entfernung der Vegeta- tion, Modellierung/Aufschüttung) nur zwischen 01. Oktober und 28. Februar und somit außerhalb der Vogelbrutzeit, um eine Tötung oder Verletzung von Teichhühnern zu verhindern. Die Bauarbeiten dürfen sich in die Zeit nach dem 28. Februar erstrecken, sofern sich keine längeren Bauzeitpausen (max. 1 Woche) ergeben.          |
| V3 | Beginn der Bauarbeiten am Betonwerk nur zwischen 01. Oktober und 28. Februar und somit außerhalb der Vogelbrutzeit. Dies verhindert die Aufgabe einer bestehenden Brut aufgrund von während der Brutzeit einsetzenden Störungen durch die Bauarbeiten. Die Bauarbeiten dür- fen sich in die Zeit nach dem 28. Februar erstrecken, sofern sich keine längeren Bauzeitpausen (max. 1 Woche) ergeben. |

## Mauereidechse

V4

Eidechsensichere Zäune während der Bauphase sind überall dort zu errichten, wo angrenzend an das Baufeld Mauereidechsen vorkommen. Zur Abstimmung des genauen Verlaufs des Zaunes, des Zeitraums, in dem dieser benötigt wird, und zur regelmäßigen Überprüfung der Funktionalität ist eine ökologische Baubegleitung vorzusehen. Sofern eine vollständige Abgrenzung des Baufelds zu den Mauereidechsenvorkommen nicht möglich ist, sind temporär angelegte Strukturen wie Betonbruch-, Kies-, Sand- oder Oberbodenmieten etc. in Abstimmung mit der ökologischen Baubegleitung ggf. mit schwarzer, blickdichter Folie abzudecken, um eine Besiedelung zu verhindern.

V5

Vor einem Eingriff in Bereiche, die von Mauereidechsen besiedelt sind, müssen die Tiere auf angrenzende Flächen mit guter Habitateignung vergrämt oder abgesammelt und in Ersatzhabitat umgesetzt werden (Beschreibung des Maßnahmenkonzepts erfolgt unter CEF1), um eine Tötung zu verhindern. Die Vergrämung bzw. das Absammeln der Tiere muss außerhalb der Fortpflanzungs- und Winterruhezeiten, d.h. in den Monaten März und April oder zwischen Mitte August und Ende September erfolgen. Zur Vergrämung ist in den betroffenen Bereichen die Vegetation zwischen Oktober und Februar ohne befahren der Flächen mit schweren Maschinen oberirdisch zu entfernen und eine deckende Schicht Hackschnitzel zu Beginn des zulässigen Vergrämsungszeitraums auszubringen. Mit dem Eingriff kann frühestens drei Wochen nach Ausbringen der Hackschnitzel begonnen werden, sofern die Witterungsbedingungen in diesem Zeitraum günstig waren (mehrere Tage mit strahlungsreicher Witterung und  $>15^{\circ}\text{C}$ ). Zur Abstimmung der Umsetzung der Maßnahmen und zur Durchführung von Kontrollbegehungen während der Vergrämung ist eine ökologische Baubegleitung vorzusehen.

## 8.2 CEF-Maßnahmen

CEF1

Auf einer Fläche von ca. 700 m<sup>2</sup> ist im räumlichen Zusammenhang außerhalb des Plangebiets ein Ersatzhabitat für die Mauereidechse herzustellen; idealerweise wird eine artenreiche Saum-/Ruderalvegetation (autochthones Saatgut regionaler Herkunft) entwickelt. Sofern noch keine Gehölze auf der Fläche vorhanden sind, werden Strauch-/Heckenpflanzungen (autochthone Sträucher regionaler Herkunft) auf ca. 15-20% der Fläche empfohlen. Jährlich wäre die Hälfte dieser Vegetation zu mähen, bei jährlichem Wechsel der zu mähenden Fläche. Innerhalb der Fläche sind Totholzhaufen, Steinhaufen/Steinriegel und Sandflächen anzulegen. Die Funktionstüchtigkeit als Reptilienhabitat ist dauerhaft zu erhalten.

Zur Umsetzung der CEF-Fläche ist das südliche Teilstück des Flurstücks Nr. 9706 vorgesehen. Es liegt ca. 400 m nördlich des Plangebiets der 1. Änderung und grenzt unmittelbar an die externen Mauereidechsen-CEF-Flächen an, die für den ursprünglichen Bebauungsplan „Rheinvorland II“ vorgesehen sind (Flurstücke Nr. 9705/4 und 9701/1). Die derzeitige Landnutzung und Eignung ist identisch mit dem direkt angrenzenden Flurstück Nr. 9705/4.

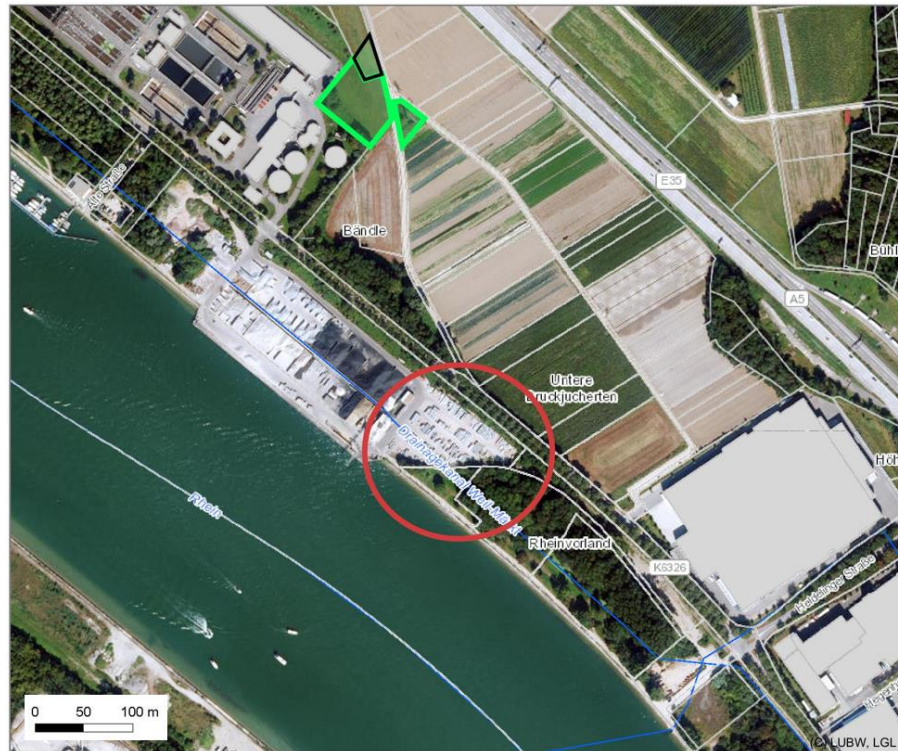


Abb. 4: Lage der vorgesehenen CEF-Flächen für die 1. Änderung (schwarz umrandet) direkt angrenzend an die für den ursprünglichen BPlan vorgesehenen CEF-Flächen (grün umrandet). Rot umkreist die ungefähre Lage des Plangebiets der 1. Änderung. Quelle: Kartenviewer der LUBW

## CEF2

Um den Verlust eines Wochenstubenquartiers der Weißrandfledermaus vorgezogen ausgleichen zu können, sind vor Beginn jeglicher Bau- oder Rodungsarbeiten 30 Fledermauskästen (Rund- oder Giebelkästen mit Holzeinsätzen) an den Bäumen südöstlich des Plangebiets, außerhalb des 50-m-Störradius um das Baufenster des Betonwerks, anzubringen. Die Kästen sind in mind. 4 m Höhe anzubringen, auf einen freien Anflug ist zu achten. Als Hangplätze sind Bäume auszuwählen, die bereits geeignete Strukturen für Fledermäuse aufweisen – z.B. Totholz oder Höhlenansätze. Die Aufhängung der Kästen ist lagegenau zu dokumentieren, zudem sind die Kästen über 10 Jahre 3x jährlich zu kontrollieren (2x im Sommer auf Besatz, 1x im Winter zur Säuberung). Ausfälle sind zu ersetzen. Je nach Ergebnissen der ersten Kontrollen kann die Laufzeit oder der Umfang des Monitorings in Absprache mit der zuständigen uNB reduziert werden.

## 9. Zusammenfassung

### Anlass und Aufgabenstellung

Um die Errichtung eines Betonwerks sowie größere Gebäudehöhen als derzeit zulässig zu ermöglichen, wird die 1. Änderung des Bebauungsplans „Rheinvorland II“ in Weil am Rhein angestrebt. Um artenschutzrechtliche Konfliktpotenziale abzuschätzen und Lösungen dafür aufzuzeigen, wurde die vorliegende spezielle artenschutzrechtliche Prüfung in Auftrag gegeben.

### Relevanzprüfung

Im Wesentlichen sind die Ergebnisse der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung für den Bebauungsplan „Rheinvorland II“ unverändert

gültig. Für das Plangebiet der 1. Änderung kann eine Betroffenheit von Vögeln, Reptilien und Fledermäusen nicht ausgeschlossen werden.

*Geländeerfassungen*

Die vorhandenen Kartierdaten aus dem Jahr 2020 wurden für die Eidechsen unverändert übernommen. Die Brutvogel-Daten wurden durch eine Vogelkartierung früh im Jahr zur Erfassung der Frühbrüter (insbesondere Spechte) ergänzt. Die Situation der Fledermäuse wurde durch eine erneute Strukturbegehung des Gebiets aktualisiert.

*Prüfung der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG*

Für das Teichhuhn, Mauereidechsen und Fledermäuse wurde artenschutzrechtliches Konfliktpotenzial festgestellt. Durch die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen kann das Eintreten von Verbotstatbeständen nach §44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG hinreichend sicher ausgeschlossen werden.

*Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen*

V1: zeitliche Beschränkung Eingriff in Gehölze

V2: zeitliche Beschränkung Bauarbeiten am Drainagekanal

V3: zeitliche Beschränkung Baubeginn des Betonwerks

V4: Reptilienschutzzäune

V5: Vergrämung/Umsiedlung von Mauereidechsen

CEF1: Herstellung von 700 m<sup>2</sup> Ersatzhabitat für Mauereidechsen

CEF2: Aufhängen von 30 Fledermauskästen

*Fazit*

Für mehrere Artengruppen konnten Betroffenheiten durch den geplanten Eingriff nicht ausgeschlossen werden. Durch Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen kann das Eintreten von Verbotstatbeständen hinreichend sicher verhindert werden.

## 10. Quellenverzeichnis

ALBRECHT, K., HÖR, T., HENNING, F. W., TÖPFER-HOFMANN, G. & GRÜNFELDER, C. (2014): Leistungsbeschreibungen für faunistische Untersuchungen im Zusammenhang mit landschaftsplanerischen Fachbeiträgen und Artenschutzbeitrag. Forschungs- und Entwicklungsvorhaben FE 02.0332/2011/LRB im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Schlussbericht 2014. – 311 S.

KRAMER, M., BAUER, H.-G., BINDRICH, F., EINSTEIN, J. & MAHLER, U. (2022): Rote Liste der Brutvögel Baden-Württembergs. 7. Fassung, Stand 31.12.2019. Naturschutz-Praxis Artenschutz 11.

LAMBRECHT, H. & TRAUTNER, J. (2007): Fachinformationssystem und Fachkonventionen zur Bestimmung der Erheblichkeit im Rahmen der FFH-VP – Endbericht zum Teil Fachkonventionen, Schlussstand Juni 2007. FuE-Vorhaben im Rahmen des Umweltforschungsplanes des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz. FKZ 804 82 004.

LÄNDERARBEITSGEMEINSCHAFT NATURSCHUTZ (LANA) (2009): Hinweise zu zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes.

LAUFER, H., FRITZ, K. & SOWIG, P. (Hrsg.) (2007): Die Amphibien und Reptilien Baden-Württembergs. Eugen Ulmer Verlag, Stuttgart

LAUFER, H. (2014): Praxisorientierte Umsetzung des strengen Artenschutzes am Beispiel von Zaun- und Mauereidechsen. Naturschutz und Landschaftspflege Baden-Württemberg 77, S. 93-142.

LUBW – LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2008): FFH-Arten in Baden-Württemberg, Liste der in Baden-Württemberg vorkommenden Arten der Anhänge II, IV und V

LUBW – LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2009): Informationssystem Zielartenkonzept Baden Württemberg

LUBW – LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2010): Geschützte Arten, Liste der in Baden-Württemberg vorkommenden besonders und streng geschützten Arten.

LUBW – LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2013): FFH-Arten in Baden-Württemberg, Erhaltungszustand 2013 der Arten in Baden-Württemberg.

MLR: MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHEN RAUM, ERNÄHRUNG UND VERBRAUCHERSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2009): Hinweis-Papier der LANA zu zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes. Rundschreiben vom 30.10.2009.

RYSLAVY, T., BAUER, H.-G.; GERLACH, B., HÜPPOP, O., STAHLER, J., SÜDBECK, P. & SUDFELDT, C. (2020): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands, 6. Fassung. In: Deutscher Rat für Vogelschutz (Hrsg.): Berichte zum Vogelschutz, Band 57, S. 13-112.

SÜDBECK, P., ANDRETZKE, H., FISCHER, S., GEDEON, K., SCHIKORE, T., SCHRÖDER, K. & SUDFELDT, C. (Hrsg.) (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. Radolfzell.



## Anhang

### Begriffsbestimmungen

Europäisch geschützte Arten: Zu den europäisch geschützten Arten gehören alle heimischen europäischen Vogelarten sowie alle Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie. Für die nachfolgende Beurteilung sind demnach alle europäischen Vogelarten sowie (potenzielle) Vorkommen der Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie zu beachten. Diese sind einer Auflistung der LUBW (2008) entnommen.

Fortpflanzungsstätte: Alle Orte im Gesamtlebensraum eines Tieres, die im Verlauf des Fortpflanzungsgeschehens benötigt werden. Fortpflanzungsstätten sind z. B. Balzplätze, Paarungsgebiete, Neststandorte, Brutplätze oder -kolonien, Wurfbaue oder -plätze, Eiablage-, Verpuppungs- und Schlupfplätze oder Areale, die von Larven oder Jungen genutzt werden.

Ruhestätte: Alle Orte, die ein Tier regelmäßig zum Ruhen oder Schlafen aufsucht oder an die es sich zu Zeiten längerer Inaktivität zurückzieht. Als Ruhestätten gelten, z. B. Schlaf-, Mauser- und Rastplätze, Sonnenplätze, Schlafbaue oder -nester, Verstecke und Schutzbauten sowie Sommer- und Winterquartiere.

Lokale Population: Nach den Hinweisen der LANA (2009) ist eine lokale Population definiert als Gruppe von Individuen einer Art, die eine Fortpflanzungs- oder Überdauerungsgemeinschaft bilden und einen zusammenhängenden Lebensraum gemeinsam bewohnen. Im Allgemeinen sind Fortpflanzungsinteraktionen oder andere Verhaltensbeziehungen zwischen diesen Individuen häufiger als zwischen ihnen und Mitgliedern anderer lokaler Populationen derselben Art.

Hinsichtlich der Abgrenzung von lokalen Populationen wird auf die Hinweise der LANA (2009) verwiesen, in welchen lokale Populationen „anhand pragmatischer Kriterien als lokale Bestände in einem störungsrelevanten Zusammenhang“ definiert sind. Dies ist für Arten mit klar umgrenzten, kleinräumigen Aktionsräumen praktikabel. Für Arten mit einer flächigen Verbreitung, z. B. Feldlerche, sowie bei revierbildenden Arten mit großen Aktionsräumen, z. B. Rotmilan, ist eine Abgrenzung der lokalen Population mitunter nicht möglich.

Daher wird vom MLR (2009) empfohlen, als Abgrenzungskriterium für die Betrachtung lokaler Populationen solcher Arten auf die Naturräume 4. Ordnung abzustellen. Wenn ein Vorhaben auf zwei (oder mehrere) benachbarte Naturräume 4. Ordnung einwirken kann, sollten beide (alle) betroffenen Naturräume 4. Ordnung als Bezugsraum für die „lokale Population“ der beeinträchtigten Art betrachtet werden.

#### Bewertung des Erhaltungszustandes:

##### Europäische Vogelarten

Das MLR (2009) empfiehlt zur Beurteilung des Erhaltungszustands auf die Rote Liste und kommentiertes Verzeichnis der Brutvogelarten in Baden-Württemberg zurückzugreifen, solange keine offizielle Einstufung des Erhaltungszustandes vorliegt. Bei einer Einstufung in einer RL-Gefährdungskategorie zwischen 0 und 3 sowie bei Arten der Vorwarnliste ist von einem ungünstigen Erhaltungszustand auszugehen. Sonstige Vogelarten sind bis zum Vorliegen gegenteiliger Erkenntnisse als „günstig“ einzustufen.“ Dieser Empfehlung wird gefolgt.

##### Arten des Anhang IV FFH-Richtlinie

Die Informationen über die aktuellen Erhaltungszustände der Arten des Anhang IV der FFH-RL in Baden-Württemberg sind der LUBW-Aufstellung aus dem Jahre 2013 entnommen.